

KURZNACHRICHTEN

Urheber der Drohung gegen die Schule Cazis bis Ferienbeginn dispensiert

Auch mehrere Tage nach der Anschlagdrohung in der Schule Cazis sind in der Schulanlage Quadra keine gefährlichen Gegenstände gefunden worden. Das hat die Schulleitung am Montag den Erziehungsberechtigten mitgeteilt. Weiter heisst es, dass die Urheber der Drohung von gestern Mittwoch bis zum Ende des Schuljahres den Unterricht nicht mehr besuchen werden. Anhaltspunkte, dass weitere Personen in diesen Vorfall involviert sind, gibt es laut der Meldung nicht. Der reguläre Unterricht und alle weiteren schulischen Veranstaltungen würden stattfinden. Am Mittwochnachmittag vergangener Woche hatte die Schule Cazis Hinweise auf eine Anschlagdrohung betreffend das Primar- und Oberstufenschulhaus Quadra erhalten. Die Schulleitung informierte die Kantonspolizei Graubünden, die umgehend Ermittlungen aufnahm. Bis spät in die Nacht durchsuchten Spezialisten der Kantonspolizei und weiterer Organisationen das Schulhaus. (PHW)

RhB-Abschnitt der Berninalinie ist wegen Steinschlaggefahr gesperrt

Die Rhätische Bahn hat aus Sicherheitsgründen den Streckenabschnitt Campocologno-Brusio der Berninalinie gesperrt. Die Sperrung dauert bis voraussichtlich Freitag, wie das Unternehmen in einer Medienmitteilung von gestern Mittwoch schreibt. Wegen Steinschlaggefahr ist oberhalb der Bahnlinie eine Felsräumung erforderlich. Zwischen Poschiavo und Tirano verkehren Bahnersatzbusse mit beschränktem Platzangebot. Die Rhätische Bahn bat Reisende, mehr Reisezeit einzuplanen. (SDA)

Neu täglicher Bus-alpin-Betrieb auf der Sumvitg-Linie

Der Bus alpin startet in der Val Lumnezia und in der Val Sumvitg am kommenden Samstag, 21. Juni, in die Saison, wie es in einer Medienmitteilung heisst. Mit neuem Konzept ist der Bus auf der Linie Rabius-Surrein bis Runcahez unterwegs. Neu seien Linienführung, Reservationspflicht und der tägliche Betrieb, heisst es in der Mitteilung weiter. Die beiden Bus-alpin-Linien im Parc Ela von Bergün nach Tuors Chants und von La Punt Chamuesch über den Albulapass nach Preda starten ihren diesjährigen Betrieb ebenfalls am Samstag. Neu sollen regelmässige ÖV-Kunden und -kundinnen auch auf der Albulapass-Linie von Ermässigungen profitieren. (BT)

Reto Aeschbacher neuer CEO der Lenzerheide Bergbahnen

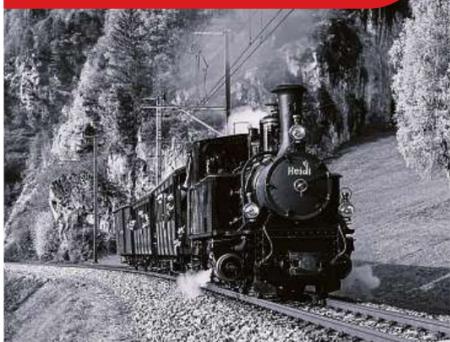
Die Lenzerheide Bergbahnen AG hat einen neuen CEO. Reto Aeschbacher wird im Oktober die Nachfolge von Thomas Küng antreten, der das Unternehmen per Ende April verlassen hat. Der 52-jährige Aeschbacher stammt gemäss Medienmitteilung aus dem Kanton Bern. Zuletzt war er 29 Jahre lang für den Schweizer Sportartikelhersteller Scotts Sports SA mit Sitz in Givisiez im Kanton Freiburg tätig, wo er mehrere Führungsfunktionen im Bereich Marketing ausübte – zuletzt als Leiter Marketing und Leiter für digitale Transformation. Aeschbacher ist zudem gelernter Landmaschinenmechaniker. (BT)

INSERAT



Bündner Bahnkultur

Geschichte auf Schienen
rhb.ch/bahnkultur



Die Armee braucht einen verlässlichen personellen Bestand – sowohl in der Breite als auch in der Tiefe. Das Bild zeigt Soldaten des Gebirgsinfanterie Bataillon 29 bei einem Gefechtsschiessen in Chur. (FOTO KEYSTONE/GIAN EHRENZELLER)

GASTKOMMENTAR Martin Candinas über die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes

Die Schweiz braucht Armeeangehörige

G

Gestern befassete sich der Nationalrat mit dem Zivildienstgesetz. Der Bundesrat schlägt dem Parlament eine Änderung vor, um den Armeebestand zu stärken. Linke Kreise haben bereits angekündigt, dass sie das Referendum ergreifen werden. Worum geht es? Die Vorlage beinhaltet sechs Massnahmen, die dazu beitragen sollen, dass der Zivildienst seinen ursprünglichen Zweck wieder erfüllt. Heute kommen zu viele junge Männer ihrer Dienstpflicht nicht nach und weichen zum Zivildienst aus – darunter auch solche, die bereits einen Teil der Militärdienstpflicht geleistet haben. Dieser Entwicklung muss dezidiert entgegengetreten werden. Wir müssen als Parlament alles daransetzen, den notwendigen Bestand der Armee und des Zivilschutzes zu gewährleisten. Die Vorlage des Bundesrates ist deshalb keine Symbolpolitik, sondern eine realitätsnahe, ausgewogene und sachlich fundierte Weiterentwicklung unseres Dienstpflichtsystems.

Die Entstehungsgeschichte des Zivildienstgesetzes macht klar: Der Zivildienst war nie als Wahlmöglichkeit für jedermann gedacht. Vielmehr handelt es sich um eine in der Verfassung verankerte Ausnahmeregelung für Personen, die aus ernsthaften, meist religiös oder ethisch begründeten Wissensgründen keinen Militärdienst erfüllen können. Persönliche Neigungen oder Bequemlichkeit dürfen hingegen nicht über die Art der Dienst-

pfligt entscheiden, sondern allein ein echter Gewissenskonflikt.

Die nun vorliegenden sechs Massnahmen richten sich nicht gegen den Grundsatz der Gewissensfreiheit. Im Gegenteil: Wer aus Überzeugung keinen Militärdienst leisten kann, soll weiterhin die Möglichkeit haben, Zivildienst zu leisten. Was jedoch unterbunden werden muss, ist der zunehmende Missbrauch des Systems – und dieser zeigt sich deutlich in den Zahlen.

Allein 2023 haben über 30 Prozent der neu zum Zivildienst Zugelassenen ihr Gesuch erst nach Abschluss der Rekrutenschule gestellt – also nachdem sie bereits mehrere Wochen Militärdienst geleistet hatten. Viele davon hatten bereits aufwendige Ausbildungen absolviert, einige waren sogar Kader. Solche Wechsel belasten unsere Sicherheit, schwächen die personellen Bestände von Armee und Zivilschutz und verursachen erhebliche Kosten – ohne der Gesellschaft einen entsprechenden Nutzen zu bringen.

Mit den sechs Massnahmen der Vorlage setzen wir genau dort an. Sie schaffen Fairness und Klarheit, ohne Rechte zu beschränken. Das seit 2009 bestehende Prinzip der Tatbeweislösung bleibt erhalten. Die Wissensgründe werden nicht überprüft, müssen aber durch konkrete Taten belegt werden.

Verstehen Sie mich richtig: Der Zivildienst leistet wertvolle Arbeit, in der Betreuung, in der Landwirtschaft und in Notlagen. Allerdings ist er nicht mit einer verbindlichen Leistungspflicht verbunden. Kantone und Gemeinden haben keinen Rechtsanspruch auf den Einsatz von Zivildienstleistenden. Der Bestand des Zivildienstes ergibt sich

einzig aus der Zahl jener Personen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

Die Armee braucht nämlich einen verlässlichen personellen Bestand – sowohl in der Breite als auch in der Tiefe. Wir brauchen Soldaten, aber auch Fachspezialistinnen und -spezialisten, Medizinerinnen und Mediziner sowie qualifiziertes Kaderpersonal. Heute verlieren wir Jahr für Jahr Hunderte gut ausgebildete Personen durch den Übertritt in den Zivildienst. Das ist weder effizient noch verantwortbar. Die Armee hat grosse Anstrengungen unternommen, um den Dienst

attraktiver zu gestalten. Doch diese reichen nicht aus, wenn der Zivildienst die bequemere Alternative ist.

Diese Vorlage wird nicht die letzte Reform unseres Dienstpflichtsystems sein. Die Sicherheitsdienstpflicht steht an. Doch diese Reform braucht Zeit. Die hier vorgeschlagene Änderung ist hingegen sofort wirksam. Sie soll – und kann – bereits auf den 1. Januar 2026 in Kraft treten. Damit schaffen wir eine spürbare Entlastung für Armee und Zivilschutz – ohne die Rechte der Dienstpflichtigen zu beschneiden.

Liebe Leserinnen und Leser, sollte das Referendum zustande kommen, findet die Abstimmung im nächsten Jahr statt. Wir alle stehen vor der Entscheidung, ob wir Armee und Zivilschutz langfristig sichern wollen – oder ihre personelle Grundlage gefährden. Meine Haltung ist klar: Wer ehrlich und redlich seine Dienstpflicht leisten will – ob in Uniform oder im Zivildienst – ist von dieser Gesetzesänderung nicht betroffen. Wer hingegen den bequemeren Weg sucht, ohne echten inneren Konflikt, wird künftig zu Recht stärker gefordert sein. Das sind auch meine Worte, die ich gestern im Nationalrat als Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission im Namen der Mitte-Fraktion ausgesprochen habe.

Die Schweiz braucht eine verlässliche Armee, einen funktionierenden Zivilschutz – und einen Zivildienst, der seiner ursprünglichen Rolle wieder gerecht wird!

MARTIN CANDINAS ist seit 2011 im Nationalrat. Der Mitte-Politiker amtierte 2022/23 als Nationalratspräsident. Er wohnt in Chur.



« Wer den bequemeren Weg sucht, ohne echten inneren Konflikt, wird künftig zu Recht stärker gefordert sein. »